



Genossenschaft von Unten

eine Initiative von Mitgliedern Berliner Wohnungsgenossenschaften

24. Oktober 2018

Pressemitteilung:

Veranstaltung zum Zehnjährigen Bestehen der Initiative »Genossenschaft von Unten«

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu **Dienstag**, den **6. November 2018** lädt die Initiative »Genossenschaft von Unten« zu **19:00 Uhr** anlässlich ihres zehnjähriges Bestehens ins **Rathaus Schöneberg** in den **Louise- Schröder- Saal**.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Mietercho und der Fraktion der Linken Tempelhof- Schöneberg statt.

Wir werden auf der Veranstaltung auf die Probleme der mangelnden Demokratie in Genossenschaften eingehen und diese darstellen sowie konkrete Fälle wie drastische Nutzungsgelderhöhungen oder Abriß von Genossenschaftswohnungen anhand von Beispielen vorstellen.

Gerne werden wir die Diskussion mit Ihnen aufnehmen.

Vertreter und Vertreterinnen der Politischen Parteien werden anwesend sein.

Weiteres zur Veranstaltung auch im anhängenden Veranstaltungsflyer.

Zu unserer Geschichte:

Im Frühjahr 2008 fanden sich Mitglieder und Vertreter*innen aus Berliner Wohnungsgenossenschaften zusammen, um nach der Neufassung des Genossenschaftsgesetzes vom August 2006 in den Satzungen mehr Mitspracherechte für die Mitglieder und für die Vertreter zu verankern. Dergleichen Vorschläge wurden von den Vorständen und den Genossenschaftsverbänden abgelehnt.

Die Mitglieder der Initiative waren sich einig, weiterhin aktiv für eine Demokratisierung der Genossenschaften zu arbeiten. In öffentlichen Versammlungen unterstützten Berliner Genossenschaftsmitglieder die Forderungen der Initiative. Die Initiative »Genossenschaft von Unten« und ihre Unterstützer*innen gehen von der Tatsache aus, dass das Genossenschaftsgesetz im Kern undemokratisch ist, weil nach Paragraph 27 die Vorstände die Ge-

nossenschaften *unter eigener Verantwortung* leiten, was die Mitsprache oder Entscheidungen der Mitglieder ausschließt. Das äußert sich in der Praxis in Entscheidungen der Vorstände über Abriss oder Neubau von Wohnungen, über Modernisierung oder Miet- bzw. Nutzungsentgelterhöhungen ohne Beteiligung der Mitglieder.

Die Initiative arbeitete in Diskussionen mit Genossenschaftsmitgliedern, Wissenschaftlern und Politikern Vorschläge zur Neuregelung und zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes aus. Hauptziel ist es, das bis 1973 bestehende Recht der General- bzw. Vertreterversammlung wiederherzustellen, dem Vorstand geschäftspolitische Weisungen erteilen zu dürfen, um somit die Mitglieder in ihren elementaren Interessen mitbestimmen zu lassen. Die Initiative »Genossenschaft von Unten« hat nicht zuletzt hierzu Mustersatzungen für Wohnungsgenossenschaften ausgearbeitet.

Die Vorschläge zum Genossenschaftsgesetz wurden den Fraktionen des Deutschen Bundestages und dem Ministerium der Justiz übergeben. Sie wurden jedoch im *Gesetz zum Bürokratieabbau und zur Förderung der Transparenz bei Genossenschaften* vom Juli 2017 nicht berücksichtigt. Die Initiative »Genossenschaft von Unten« hat mit den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD im neugewählten Bundestag Gespräche begonnen, um diese von der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Genossenschaftsgesetzes zu überzeugen und fordert entsprechende Gesetzesinitiativen. Wir betrachten die Demokratisierung der Genossenschaften als eine Voraussetzung für das erklärte Ziel, die Mietenexplosion in den Ballungszentren zu stoppen.

Die Initiative unterstützt den Berliner Senat bei der Begrenzung der Mietsteigerungen, indem sie Erscheinungen der Mietpreistreiberi in den Wohnungsgenossenschaften anprangert. Sie hat die Vorstände der Berliner Wohnungsgenossenschaften aufgerufen, sich den Maßnahmen der Berliner Wohnungsbaugesellschaften zur Mietdämpfung anzuschließen.

Ausgehend von ihrer Auffassung, dass die Genossenschaften nicht für den Markt, sondern für den Bedarf ihrer Mitglieder bauen, und dass sie keinen Gewinn erzielen müssen, fordern die Mitglieder der Initiative, dass die Nutzungsentgelte (die Mieten) entsprechend den Kosten gebildet und nicht den Marktpreisen angepasst werden. Die Initiative »Genossenschaft von Unten« hat Grundsätze für die Mietenkonzeptionen der Genossenschaften erarbeitet. Während die Vorstände diese Grundsätze ablehnen, fordert die Initiative, alle Mitglieder an der Gestaltung der Nutzungsentgelte zu beteiligen.

Die Zusammenkünfte der Initiative »Genossenschaft von Unten« finden monatlich in den Räumen der Berliner Mietergemeinschaft statt. Ihre Vorschläge zum Genossenschaftsgesetz und zu den Mustersatzungen findet man unter

www.genossenschaft-von-untten.eu

Mit freundlichen Grüßen

Initiative »Genossenschaft von Unten«

Anlage: Veranstaltungsflyer